

Monatsspiegel



Juli/August 2012



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Der Fiskalpakt ist Teil des Problems, nicht die Lösung

Noch immer kämpfen die Staaten Europas mit den Folgen der weltweiten Finanzkrise. Die bisher verordneten Sparrezepte und Rosskuren haben die Krise in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) massiv verschärft. Jeder fünfte Bürger in Griechenland lebt unter oder an der Armutsgrenze. Die Jugendarbeitslosigkeit ist auf dramatisch hohem Niveau: Jeder zweite Jugendliche hat z.B. in Spanien keinen Job.

Die jüngsten Wahlen in Frankreich und Griechenland, aber auch die Kommunalwahl in Italien und die anhaltende Unruhe in Spanien und Irland haben gezeigt, dass die Bevölkerungen den Glauben an die von Deutschland erwungene Sparpolitik ohne Wachstum längst verloren haben.

„Wir lernen jetzt erneut auf die harte Tour“, so Joschka Fischer in einer SZ-Kolumne, „dass eine solche Sparpolitik in einer großen Finanzkrise diese nur

zur Depression verschärft. Eigentlich sollte diese Erkenntnis schon seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 und der damaligen Sparpolitik von Hoover in den USA und Brüning in Deutschland Allgemeingut sein. Leider ist dem nicht so, zumindest in Deutschland nicht.“

Die aktuelle Entwicklung bestätigt diese Befürchtung. Nachdem sich Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen am 21. Juni in einem „Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung“ auf Grundlinien für eine gemeinsame sogenannte Konsolidierungsstrategie geeinigt haben, steht der mehrheitlichen Zustimmung zum Fiskalpakt und dem Euro-Rettungsschirm ESM im Bundestag scheinbar nichts mehr im Wege.

Das ist fatal, denn der Fiskalpakt greift massiv in den Kern der Haushaltsautonomie des Bundestags ein, will die EU in ein neoliberales Sparkorsett zwingen, ist ökonomisch schädlich und

■ **Von Dieter Rosner**
Kreisvorsitzender



unsozial und verspottet durch das beabsichtigte Durchpeitschen im Eiltempo die parlamentarische Demokratie. Es steht zu hoffen, dass der Vertrag in dieser Form und im geplanten Verfahren noch vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gestoppt wird.

Die Gewerkschaft ver.di hat in einer Stellungnahme, die mit einem Brief des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske an alle Bundestagsabgeordneten verschickt wurde, die wichtigsten Argumente gegen den Fiskalpakt übersichtlich auf den Punkt gebracht – siehe die Dokumentation ab Seite 14.

Von Seiten der SPD-Parteispitze werden die bisherigen Verhandlungs-
Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

09.07.	20:15	Treffen Jusos/Flunterl		S. 19
10.07.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 17
10.07.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 19
11.07.	20:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Treffpunkt Röthelheimpark	S. 18
11.07.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Treffpunkt Röthelheimpark	S. 18
17.07.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 17
17.07.	20:00	Distrikt Anger: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 17
17.07.	20:00	Distrikt Frauenaaurach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaaurach	S. 17
18.07.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 19
18.07.	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 5
19.07.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
20.07.	18:00	Bundestagswahlkreiskonferenz	Buckenhof, Hallerhof	
23.07.	20:15	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 19
25.07.	20:00	Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“	August-Bebel-Haus	S. 5
11.09.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 19
14.09.	10:00	Informationsfahrt Triesdorf		S. 5

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Geschäftsführerin: Sabine Wehner
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 08:00 bis 12.00 Uhr
 Dienstag 08:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 08:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 10:00 bis 14:00 Uhr
 Freitag geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzender: Dr. Florian Janik
 Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-2181
 E-Mail: spd@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 12.00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen
 Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
 Philipp Dees
 Lichtenfelser Weg 6
 91056 Erlangen
 Telefon: 09131-483791
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien,
 Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

ergebnisse bezüglich der Zustimmung zum Fiskalpakt als „großer Erfolg für die SPD“ (Sigmar Gabriel) gewertet, sei es doch gelungen, Forderungen wie die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer, die Neuausrichtung des EU-Haushalts auf Wachstumsinvestitionen oder die Bekämpfung von Jugend Arbeitslosigkeit durchzusetzen. Die Freude über diesen Fortschritt ist sicher berechtigt.

Dennoch bleibt der Widerspruch, das erst wirtschaftliche Wachstums- und Entwicklungsverluste durch die EU-Schuldenbremse erzeugt werden, um dann mit derzeit noch völlig nebulösen Wachstumsinitiativen gegenzusteuern. Die Finanzmarkttransaktionssteuer sollte nicht zur Rechtfertigung des Fiskalpakts missbraucht werden. Sie muss davon unabhängig eingeführt werden.

Richtige Analyse – falsche Schlussfolgerungen

Die Verhandlungspunkte wurden in einem vom SPD-Parteikonvent am 16. Juni beschlossenen Leitantrag als Grundbedingungen für die Zustimmung eingefordert. Im Analyseteil des Antrages heißt es: „Allein Kürzen und Sparen

wird die Krise nicht lösen. Die Logik des Fiskalpakts blendet viele Ursachen aus. Nötig sind Lösungen für eine gemeinsame Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Europa. Und Impulse für Investitionen. Denn dauerhafter Schuldenabbau wird nur mit wirtschaftlicher Dynamik und mit Wachstum in innovativen und zukunftsfähigen Branchen gelingen. Entschlossene Regulierung und eine gerechte Besteuerung der Finanzmärkte. Damit Investitionen in neues Wachstum nicht zu neuen Staatsschulden führen.“

Wie ist diese, meines Erachtens richtige, Einschätzung mit der geplanten Zustimmung zum Fiskalpakt in Einklang zu bringen? Und zu welchem Preis? Unterliegen wir als SPD hier nicht der gefährlichen Selbsttäuschung, es könne das Richtige auch im Falschen funktionieren?

Bei aller Freude über den vermeintlichen Etappensieg in Richtung einer nachfrageorientierten Politik: Wie sollen denn nachfrageorientierte Wachs-

tumsimpulse im Rahmen der neoliberalen Sparideologie europaweiter Schuldenbremsen erfolgreich etabliert werden? Wie gelingt denn künftig eine Befreiung aus der Erpressungssituation gegenüber den Banken und Finanzmarktsspekulanten?

Für eine harmonische Wirtschaftsentwicklung innerhalb der Europäischen Union sind vor allem auch Außenhandelsbilanzen von Relevanz. Es müsste also dafür gesorgt werden, dass die Mitgliedsstaaten der europäischen Union relativ ausgeglichene Außenhandelsbilanzen aufweisen. Dafür wäre eine abgestimmte Lohnpolitik notwendig. Insbesondere in Deutschland müssten die Löhne stärker steigen, um den Exportüberschuss zu schmälern. Wo sind die Forderungen nach einer solchen Politik?

Es steht leider eher zu befürchten, dass wir uns mit der bislang herrschenden Krisenstrategie weiter zu Tode sparen. So jedenfalls lautet das Fazit des Nobelpreisträgers Paul Krugman mit Blick auf

Aufruf

zu den Delegiertenwahlen zur Nominierung der Kandidatinnen/Kandidaten zur Landtagswahl und Bezirkstagswahl 2013

Bei der Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, den 19. Juli müssen wir 39 Delegierte des Kreisverbandes Erlangen Stadt zur Nominierung des/der Kandidaten/in für die Landtagswahl/Bezirkstagswahl wählen

Die Stimmkreis-Konferenz findet am **Donnerstag, den 18. Oktober 2012, 20:00 Uhr** statt.

Hast du an diesem Tag Zeit? Dann lass dich am 19.7. als Delegierte/r wählen! (Voraussetzung: Deutsche Staatsangehörigkeit, Hauptwohnsitz in Erlangen)

Bitte melde Dich im Parteibüro bei unserer Geschäftsführerin Sabine Wehner, Tel. 81265 22 oder per mail an buero@spd-erlangen.de

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 19. Juli 2012, 20:00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Vorstellung der Bewerber/innen um die Nominierung als Landtagskandidat/in im Stimmkreis Erlangen
3. Aussprache
4. Votum des Kreisverbandes zur Kandidatur um ein Landtagsmandat im Stimmkreis Erlangen
5. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Stimmkreis-Konferenz im Stimmkreis 508/Erlangen-Stadt am 18. Oktober 2012
6. Anträge
7. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
8. Verschiedenes

Hinweis:

Zur Kreismitgliederversammlung am 19. Juli werden aus wahlrechtlichen Gründen alle Mitglieder schriftlich eingeladen. Die Einladung wird Anfang Juli zusammen mit Kurzprofilen der Bewerberinnen und Bewerber verschickt.

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

den Umgang mit der aktuellen Banken-, Finanzmarkt- und Verschuldungskrise.

Eine alternative Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik in Europa

Wichtig für die Zukunft ist eine Koordination der Haushalts- und Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedstaaten mit dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes, eines gleichmäßigen Wirtschaftswachstums und einer (auch zwischen den Mitgliedsstaaten) ausgeglichenen Leistungsbilanz.

Wichtig ist ein Europäischer Stabilisierungsfonds, der in Notsituationen und bei rasch steigenden Refinanzierungszinsen umgehend zur Unterstützung fähig ist. Die Einführung von Eurobonds (Europäischen Anleihen), deren Zinsen der (gewichteten) Durchschnittsbonität der Eurostaaten entsprechen, muss vorangebracht werden.

Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist unabdingbar. Die bisherige Regelung mit dem willkürlich festgelegten Drei-Prozent-Kriterium ist zu starr und bedarf einer ökonomisch sinnvollen Reform. Ein Weg hierzu könnte die vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) vorgeschlagene Orientierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts am Leistungsbilanz- statt am Haushaltssaldo sein.

Zu Verhinderung weiterer Spekulation gegen EU-Mitgliedsstaaten ist außerdem – unabhängig von der Beschlussfassung zum Fiskalpakt – eine Regulierung der Finanzmärkte dringend erforderlich. Dazu gehört unter anderem die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer auf internationaler und, sollte das nicht möglich sein, zumindest auf europäischer Ebene, die Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen an die Banken, das Verbot des Handels mit Kreditrisiko-Derivaten und vieles mehr.

Bei der Bewertung des Fiskalpakts darf es deshalb kein „Ja, aber“ geben – er gehört bedingungslos abgelehnt. Die SPD darf sich nicht zum Erfüllungsgehilfen der europaweiten Durchsetzung einer neoliberalen Sparideologie machen. Wir sollten uns mehr an François Hollande und weniger an Angela Merkel orientieren.

Weitere Informationen zum Thema Fiskalpakt ab Seite 14.

Die Argumente für eine alternative Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik in Europa finden sich u.a. im Monatsspiegel Februar 2012 in dem Leitartikel „Der Zwang zum ‚Sparen‘ verschärft die Krise.“

Sorgen der Kinderbetreuungseinrichtungen und der Träger ernst nehmen

„Frau Haderthauer muss bei der anstehenden Novellierung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) die Sorgen der Kinderbetreuungseinrichtungen und der Träger endlich ernst nehmen!“ – Das forderten die SPD-Landtagsabgeordneten Angelika Weikert und Stefan Schuster bei einem Fachgespräch in Erlangen im Schulterschluss mit den Trägern der Kinderbetreuungseinrichtungen aus Erlangen und Erlangen-Höchstadt. Die erste Lesung der Novelle des BayKiBiG im Bayerischen Landtag hat bereits stattgefunden.

Aus Sicht der Träger sind dringend Verbesserungen bei der Personalausstattung notwendig. „Es ist an der Zeit, für eine verbesserte personelle Ausstattung der Träger und für mehr Transparenz zu sorgen“ – das war das einhellige Fazit aus dem Fachgespräch, zu dem Angelika Weikert zusammen mit ihrem Landtagskollegen Stefan Schuster und den SPD-Fraktionen aus Erlangen und Erlangen-Höchstadt die Träger und das Fachpersonal von Erlanger Kinderbetreuungseinrichtungen eingeladen hatte.

Die gesetzlich festgelegten Stellenzahlen für die Betreuung von Kindern lassen sich in der täglichen Arbeit nicht einhalten. Bislang werden bei der Berechnung der Zuwendungen nämlich viele der anfallenden Arbeiten nicht berücksichtigt. So orientiert sich der Anstellungsschlüssel ausschließlich an Betreuungszeiten, während z.B. Elternarbeit nicht berücksichtigt wird. Insbesondere Verwaltungs- sowie Vor- und Nachbereitungszeit müssen stärker einbezogen werden; auch Urlaubs- und Krankheitszeiten sind aufzunehmen.

Wie der Erlanger Referent für Kultur, Jugend und Freizeit, Dieter Rossmeissl, ausführte, ist die in der Gesetzesnovelle geplante Verbesserung des Mindestanstellungsschlüssels positiv zu bewerten. „Damit er kostendeckend ist, müsste er aber weiter erhöht werden“, so Rossmeissl. Die geplante Anhebung des Mindestanstellungsschlüssels entspricht einer Verbesserung des Angebots um etwa 4,5 Prozent, wofür etwa 50 Millionen Euro anzusetzen sind. Die von der

■ **Von Angelika Weikert MdL**
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen



Regierung angesetzten 33 Millionen reichen ganz und gar nicht aus. Das Ministerium muss dringend transparent machen, wie es auf diese Summe kommt. Angelika Weikert hat diesbezüglich eine Anfrage an die Regierung gestellt.

Von den Diskussionsgästen wird auch die schlechte Informationspolitik der Landesregierung massiv kritisiert: Offenbar ist nicht einmal die Gesetzesnovelle flächendeckend an die Jugendämter verschickt worden, die Informationen mussten weitestgehend selbst zusammengesucht werden! Dies wirkt sich natürlich auch verunsichernd und irritierend auf die Träger und Einrichtungen aus. Letztlich müssen die Träger, Einrichtungen und Jugendämter die schlechte Zeitplanung und die schlechte Informationspolitik der Landesregierung ausbaden.

Auch der Einstieg in ein kostenfreies drittes Kindergartenjahr klingt zwar gut. Es fehlt aber die soziale Differenzierung dabei, weil die Kostenfreiheit in manchen Fällen ja bereits über die Jugendämter hergestellt wird. Schließlich müssten auch die Horte beitragsfrei sein; das heißt, der Einstieg in die Beitragsfreiheit von Kindertagesstätten muss auch für die Kinderhorte gelten. Ein wichtiges Anliegen der Träger ist auch, dass die Ausbildung dringend refinanziert werden müsste, jedoch ohne die Auszubildenden in den Schlüssel mit hinein zu rechnen.

„Diese vielfältigen Aufgaben müssen bei der Förderung der Einrichtungen endlich berücksichtigt werden“, fordern die Sozialdemokraten. Im anstehenden Gesetzgebungsverfahren wollen sie sich weiter dafür einsetzen. Darüber hinaus wollen sie auch dafür kämpfen, neue bürokratische Hürden bei der Inklusion von Kindern mit Behinderung zu verhindern. Zudem will die SPD für eine verstärkte Anerkennung der Bemühungen von Trägern in der Aus- und Weiterbildung sowie in der Fachberatung sorgen.

Kommunalpolitisches Programm 2014 bis 2020: Projektgruppen

Liebe Genossinnen und Genossen, um die Kommunalwahl 2014 mit einem überzeugenden Programm zu gewinnen, müssen wir bereits jetzt mit der organisatorischen und inhaltlichen Arbeit anfangen. Wie bei den letzten Wahlen wollen wir wieder unser detailliert ausgearbeitetes Kommunalpolitisches Programm fortschreiben.

Organisieren werden dies erneut die Referenten für Kommunalpolitik (Robert Thaler) und für Schulung und Arbeitskreise (Andreas Richter). Vom Fraktionsvorstand aus ist Barbara Pfister dafür zuständig.

Neben Dialogveranstaltungen im nächsten Jahr möchten wir diesmal auch Projektgruppen zu einzelnen Themenfeldern einrichten. Hierzu sollen neben allen daran interessierten GenossInnen auch gezielt uns nahe stehende Organisationen eingebunden werden (analog der PG Netzpolitik). Die Leitung der Projektgruppen sollen die für das jeweilige Thema Zuständigen der Fraktion und/oder am Thema arbeitende GenossInnen übernehmen.

Vorgeschlagen für Projektgruppen wurden u.a. folgende Themen (unvollständige Auflistung):

- Integration/Bildung
- Kultur
- Sozialpolitik
- Energiewende/Stadtplanung
- ...

Das Thema Wirtschaft wird vom entsprechenden AK zusammen mit Zuständigen der Fraktion bearbeitet werden.

Weitere Themen, die nicht in PGs oder AKs behandelt werden, werden wie beim letzten Wahlkampf in kürzerem Rahmen von i.d.R. einer Sitzung behandelt. Auch zu diesen werden alle Parteimitglieder eingeladen. Thematisch sind die jeweils Zuständigen aus der Fraktion und weitere am Thema arbeitende GenossInnen verantwortlich.

Der Zeitplan sieht so aus, dass nun zunächst die SprecherInnen der Fraktion für ihre jeweiligen Themenbereiche bis Mitte Juli eine Bilanz ziehen, was noch aktuell ist, was umgesetzt wurde und wie es weitergehen kann.

Der GKV wird auf seiner Juli-Sitzung festlegen, welche Projektgruppen eingerichtet werden. Dies muss dann umgehend erfolgen, damit die Arbeit der Projektgruppen im September starten kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn Ihr Interesse an der Mitarbeit in den Projektgruppen habt, meldet Euch bitte bei Robert (Telefon 32658, roba.thaler@t-online.de) oder Andreas (Telefon 501479, andreas.m.j.richter@web.de).

Es geht darum, nun die Grundlagen zu legen, damit wir 2014 wieder den OB und die Stadtratsmehrheit stellen!

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter, Robert Thaler

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
September 2012
17. August 2012




Rebecca Friedrich
Serviceberaterin in der
Geschäftsstelle Möhrendorfer Straße

direkt GIRO

Das kostenlose* 0,-nlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.



 **Sparkasse
Erlangen**

Sicher. Stabil. Verlässlich.

*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter www.sparkasse-erlangen.de

Einladung zur Informationsfahrt in die Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf

Freitag, 14. September, Abfahrt in Erlangen 10:00 Uhr, Rückkehr ca. 18:30 Uhr

Liebe Genossinnen und Genossen, ich lade euch herzlich ein zu einer Informationsfahrt in eine der größten Einrichtungen des Bezirks Mittelfranken.

Ein Aufgabenschwerpunkt neben dem Sozialbereich sind die zahlreichen Bildungseinrichtungen des Bezirks. Die Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf sind eine der größten. Sie erfüllen vielfältige Aufgaben rund um den Bereich Gesundheit, Ernährung und Landwirtschaft. Außerdem hat sich Triesdorf inzwischen zu einem Kompetenzzentrum für Energiewirtschaft im ländlichen Raum entwickelt. Kurzum: Es gibt mehrere gute Gründe, sich „vor Ort“ an einem konkreten Beispiel zu informieren, wohin unsere kommunalen Umlagezahlungen an den Bezirk fließen.

Dazu möchte ich euch herzlich einladen. Ich freue mich, wenn insbesondere Stadt-, Kreis- und GemeinderätInnen sowie Vorstände von Parteigliederungen im Vorfeld des bevorstehenden Wahljahres 2013 diese Informationsmöglichkeit nutzen.

Die Kosten für Fahrt, Informationsmaterial und Vortrag trägt die SPD-Bezirkstagsfraktion aus ihrem (leider nicht sehr umfangreichen) Öffentlichkeitsetat. Die Kosten für Verpflegung vor Ort trägt jede/r Teilnehmer/in selbst (ca. 10 Euro). Hierfür bitte ich um Verständnis.

Um die Anmeldungen kümmert sich dankenswerterweise Christofer Zwanzig vom Erlanger Bürgerbüro Angelika Weikert, MdL.

Ich freue mich auf zahlreiche Beteiligung.

Herzlichst

Eure Gisela Niclas, Bezirksrätin

Ablauf:

- Treffpunkt: 9:45 Uhr, Busbahnhof am Parkplatz West, Erlangen
- Während der Fahrt: Informationen rund um den Bezirk
- Anschl. Begrüßung im Infozentrum Triesdorf durch Direktor Otto Körner
- Mittagessen in der Mensa
- Führung durch die Landwirtschaftlichen Lehranstalten
- Möglichkeit für Fragen und Diskussion
- Vortrag: „Energiewende: Was leistet Triesdorf für den ländlichen Raum?“

Anmeldung bitte schriftlich und bis 10. August an:

Christofer Zwanzig
Bürgerbüro Angelika Weikert
Friedrich-List-Straße 5
91054 Erlangen
Tel.: 01931/8126544
Fax: 01931/8126513
Mail: Erlangen@Angelika-Weikert.de

Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“

Wir treffen uns wieder am

**Mittwoch, 25. Juli, 20 Uhr
im August-Bebel-Haus**

Wir wollen unsere Arbeit entlang einer strukturierten Stoff- und Fragensammlung fortsetzen. Sie kann von meiner Homepage www.fen-net.de/dr.helmut.pfister unter „Internationalismus reloaded“ heruntergeladen werden.

Diesmal: Weiterführung der Diskussion zum Abschnitt 1: Fakten und Hintergründe – Geschichtliche Hintergründe (Vorlage von Helmut Aichele – kann auf Anfrage zugeschickt werden)

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto.

Helmut Pfister

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

**Mittwoch, 18. Juli, 20 Uhr
im August-Bebel-Haus**

Themen:

- Aktuelles
- Euro-Memorandum 2012, Abschnitt 3 „Stärkung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit in Europa“ (Munib Agha) – Fortsetzung vom 13. Juni

Hinweis: Die vom WiPoAK zusammengestellten „Sozioökonomischen Strukturdaten Erlangen“ finden sich auf meiner Homepage www.fen-net.de/dr.helmut.pfister und können dort heruntergeladen werden.

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht. Wir freuen uns über jede/n, die/der mitarbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erstmal zuhören will.

Helmut Pfister

Ich melde mich an zur Informationsfahrt am 14. September 2012

Name, Vorname
.....

Adresse
.....

Funktion
.....

Telefon
.....

E-Mail
.....

Informationsgespräch beim Erlanger Studentenwerk

Alarmiert von den bayernweit nach wie vor hohen Zahlen von unbearbeiteten BAföG-Anträgen suchten Angelika Weikert und die Juso-Hochschulgruppe Ende Mai das Gespräch mit dem Geschäftsführer des Erlanger Studentenwerks, Otto de Ponte. Die gute Nachricht für Erlangen lautet, dass die Abteilung für Ausbildungsförderung nach eigenen Angaben den enormen Anstieg an BAföG-Anträgen infolge des doppelten Abiturjahrgangs gut gemeistert hat. Im Gegensatz zu anderen bayerischen Studentenwerken ist es in Erlangen-Nürnberg gelungen, die personelle Ausstattung der Abteilung für Ausbildungsförderung den veränderten Ausgangsbedingungen anzupassen. Dennoch bleibt die Problematik unbearbeiteter BAföG-Anträge ein Thema: Denn dass Anträge häufig auf Grund fehlender Unterlagen nicht weiter bearbeitet wer-

den können, hat nicht zuletzt mit dem für Studierende wie für Studentenwerksmitarbeiter zunehmend komplizierten Antragsverfahren zu tun. Neben einer grundlegenden politischen Reform des BAföG ist deshalb auch eine Vereinfachung des Antragsverfahrens dringend geboten.

Psycho-soziale Beratung fördern

Wie im Gespräch mit Herrn de Ponte deutlich wurde, bleiben darüber hinaus eine Reihe von Themen auf der Tagesordnung: Mit der Umgestaltung von Studiengängen im Zuge der sogenannten Bologna-Reform, die den Prüfungs- und Leistungsdruck für Studierende erheblich verschärfte, hat sich auch die Nachfrage nach den psycho-sozialen Beratungsangeboten des Studentenwerks massiv erhöht. Nach wie vor verzichtet das Studentenwerk bewusst auf eine Abrechnung

■ **Von Angelika Weikert MdL**
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen



■ **Von Keno Kunkel**
Vorsitzender der Juso-Hochschulgruppe



über die Krankenkassen, um das Angebot so niederschwellig wie möglich zu halten. Auf diese Weise soll z.B. Lehramtsstudierenden die Furcht vor beruflichen Nachteilen durch die Inanspruchnahme der Beratung genommen werden. Um dem gestiegenen Beratungsbedarf Rechnung zu tragen, werden in Erlangen nun auch Studiengebühren für die personelle Ausstattung der psycho-sozialen Beratungsstelle eingesetzt – jährlich sind das 65.000 EUR. Dieser Zustand muss sich rasch geändert werden: Nur eine Erhöhung der Zuschüsse für die psycho-soziale Beratung durch die Bayerische Staatsregierung kann die dringend notwendige Arbeit dauerhaft sichern.

ÖPNV ausbauen und Wohnraum schaffen

Auch beim Thema Verkehr und Wohnen bleibt viel zu tun: Die Wohnungsknappheit in Erlangen, aber auch die zunehmende Aufteilung von Lehrangeboten zwischen Erlangen und Nürnberg zwingen immer mehr Studierende zum Pendeln. Wir waren uns deshalb mit Herrn de Ponte einig, dass ein Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs dringend erforderlich ist. Eine rasche Grundsatzentscheidung der Stadt Erlangen für eine Stadt-Umland-Bahn und die Einführung eines kostengünstigen Semestertickets sind deshalb für die Weiterentwicklung der Hochschullandschaft in der Metropolregion unerlässlich. Parallel zu den laufenden Verhandlungen mit Kommunen und VGN zu einem Semesterticket für die Metropolregion wollen wir uns deshalb nochmals bei der Staatsregierung für höhere Landeszuschüsse einsetzen.

Über eine Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs hinaus sind weitere Anstrengungen für die Errichtung von Wohnheimplätzen nahe des Erlanger Südgeländes geboten. Das Studentenwerk, das der Errichtung eines weiteren Wohnheims positiv gegenüber steht, bedarf hier der kommunalen Unterstützung.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juli und August Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 01.07. Nask Salh
50 Jahre
- 05.07. Wilhelm Schmidt
77 Jahre
- 09.07. Wilhelm Gehr
82 Jahre
- 10.07. Silke Zieten
80 Jahre
- 13.07. Silke Banasch-Schmidt
65 Jahre
- 17.07. Gerd Junghänel
84 Jahre
- 18.07. Edgar Hartmann
72 Jahre
- 21.07. Edgar Mayer
86 Jahre
- 25.07. Uta von Stengel
70 Jahre
- 28.07. Günther Popp
71 Jahre
- 29.07. Ursula Kummer
60 Jahre
- 01.08. Gabriele Bücking
60 Jahre



- 01.08. Michael Meil
50 Jahre
- 03.08. Fritz Hollaender
90 Jahre
- 04.08. Andreas Hahn
86 Jahre
- 05.08. Hans Buerhop
73 Jahre
- 07.08. Marga Mittag
81 Jahre
- 09.08. Helmut Aichele
73 Jahre
- 13.08. Günter Rupprecht
71 Jahre

SPD will Mittelfranken zur Modellregion für die Energiewende machen

Bezirksparteitag: Philipp Dees als stellvertretender Bezirksvorsitzender wiedergewählt – aus Erlangen auch Dirk Goldenstein, Heidrun Meier und Paul Vath im Bezirksvorstand

Die Energiewende stand im Mittelpunkt des Bezirksparteitags der mittelfränkischen SPD, der Mitte Juni in Roth stattfand. Fast einstimmig beschloss die Partei einen Leitantrag, nach dem Mittelfranken zur Modellregion für Energiewende, Rohstoffbewahrung und Klimapflege entwickelt werden soll. Unterstützt wurde die Partei in ihrer Forderung von der Generalsekretärin der BayernSPD, Natascha Kohnen, die die Bedeutung der Energiewende als Thema in der Landtagswahl 2013 hervorhob. Bei den Wahlen wurde die Bezirksvorsitzende Christa Naaß (Gunzenhausen) mit 90 Prozent der Stimme in ihrem Amt bestätigt.

Christa Naaß: „Wir brauchen endlich den Wechsel“

Die Bezirksvorsitzende Christa Naaß betonte in ihrer Rede, wie dringend ein Wechsel im Bund und in Bayern notwendig sei. Dies habe nicht zuletzt die peinliche Abwesenheit vieler Bundestagsabgeordneter von schwarz-gelb kurz vor der Abstimmung über das Betreuungsgeld gezeigt. Aber auch in Bayern sehe es nicht besser aus: „Eine namentliche Abstimmung jagt derzeit die andere, damit zu den Abstimmungen wenigstens die eigenen Leute in den Plenarsaal kommen.“ Seehofer setze sich immer mehr ab und wolle mit der Bundespolitik, deren Teil die CSU ist, nichts mehr zu tun haben. Er agiere nur noch populistisch. Seine eigenen Leute kämen kaum mehr mit, so schnell wechsele er sein Mäntelchen.

Die SPD dagegen beziehe klare Positionen. Sie habe ein Konzept für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit vorgelegt, mit der Gemeinschaftsschule und Kostenfreiheit vom Kindergarten bis zur Hochschule. Sie vertrete eine klare Position für den Ausbau der Kinderbetreuung. Sie bekenne sich zu einer aktiven Gleichstellungspolitik. Und sie habe ein umfassendes Programm für die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bayern vorgelegt.

Natascha Kohnen: „Die BayernSPD geht gut aufgestellt in die Landtagswahl“

Die Generalsekretärin der bayerischen SPD, Natascha Kohnen, stellte in ihrer Rede heraus, wie gut sich die bayerische SPD für die Wahl 2013 aufgestellt habe. In einem Reformprozess seit der letzten Landtagswahl sei es gelungen, die SPD organisatorisch neu aufzustellen. Mit Christian Ude habe sie einen Spitzen-

kandidaten, dem die Menschen zutrauten, das Land erfolgreich zu regieren. Und in der Bevölkerung gebe es eine Stimmung gegen die CSU, wie sich auch aktuell bei der Auseinandersetzung um das Betreuungsgeld zeige: Die Resonanz für die Massenpetition der bayerischen SPD sei groß.

Natascha Kohnen stellte auch die Energiewende als zentrales Wahl-



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

kampftema 2013 heraus. Sowohl in der Bundesregierung als auch durch die Staatsregierung werde versucht, diese zu verschleppen. Man versuche, eine Verteuerung der Energiekosten zu provozieren, um damit den Ausstieg aus der Energiewende begründen zu können. Diesem Spiel gelte es sich entschlossen entgegenzustellen. Die Energiewende müsse politisch gewollt werden, dann könne sie auch gelingen.



Christa Naaß und Natascha Kohnen (rechts)

Kohnen sprach sich nicht nur im Hinblick auf die Energiewende für eine echte Bürgerbeteiligung aus, anstatt Pseudoveranstaltungen durchzuführen wie Seehofer mit seiner Facebook-Party. Ausdrücklich unterstützt sie die Forderung der MittelfrankenSPD nach einer Bildungsoffensive mit dem Ziel, einen

Mentalitätswandel hin zu einem effizienteren und sparsameren Umgang mit Energie herbeizuführen. Zur Umsetzung einer dezentralen Energieversorgung fordert die Generalsekretärin Energiemanager auf kommunaler Ebene.

Mittelfranken als Modellregion für die Energiewende

Die SPD Mittelfranken will Mittelfranken zur Modellregion für Energiewende, Rohstoffbewahrung und Klimapflege entwickeln. „Die Energiewende stellt eine große Herausforderung dar“, erläuterte der stellvertretende SPD-Bezirksvorsitzende Philipp Dees bei der Vorstellung des entsprechenden Leitetrags: „Sie kann aber gelingen, wenn sie von Bund und Land aktiv gestaltet wird. Gerade die bayerische Staatsregierung und Wirtschaftsminister Zeil müssen ihre Blo-

ckadehaltung aufgeben. Der Freistaat muss in Forschung investieren, die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien schaffen, deren Ausbau intensiv vorantreiben und Förderprogramme für mehr Energieeffizienz auflegen.“ Die Energiewende könne, so die mittelfränkische

SPD, nur im Dialog mit den Bürgern und unter Einbezug der vielen schon bestehenden Initiativen für die Energiewende vor Ort gelingen.

Ein Augenmerk für die mittelfränkische SPD liegt darauf, die Energiewende ohne hohen Anstieg der Energiekosten zu ermöglichen und so sozial Schwache und die energieintensive Industrie nicht übermäßig zu belasten: „Sicherlich wird die Energiewende Geld kosten und Energie kurzfristig verteuern“, so Dees. „Wenn es aber gelingt, die kommunalen Stadtwerke zu stärken und die Energieversorgung zu dezentralisieren, dann kann andererseits die Macht der Energiekonzerne gebrochen werden, die die Energiepreise bisher künstlich in die Höhe treiben.“

Wahlen: Sechs Vorstandsmitglieder aus dem UB Erlangen

Bei den Neuwahlen des Bezirksvorstands wurde neben Christa Naaß auch Philipp Dees als einer ihrer vier Stellvertreter bestätigt. Aus dem Kreisverband Erlangen gehören außerdem Dirk Goldenstein als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen, Heidrun Meier als Beisitzerin und Paul Vath als Vertreter der AG der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen dem Bezirksvorstand an. Hinzu kommen noch die Beisitzerinnen Marina Linke-Speth und Martina Stamm-Fibich aus dem Landkreis Erlangen-Höchstadt. Philipp Dees wurde außerdem zum Delegierten für den SPD-Bundesparteitag gewählt, Martina Stamm-Fibich zur Delegierten für den Parteikonvent.

„Rote Karte“ gegen Kinderarbeit zeigen!

Liebe Genossinnen und Genossen, Ob Fußbälle, Kakao oder Grabsteine – auch viele bei uns angebotene Produkte stammen aus ausbeuterischer Kinderarbeit. Deswegen müssen wir entschieden gegen Kinderarbeit vorgehen – und zwar hierzulande ebenso wie weltweit.

Nach wie vor arbeiten täglich über 200 Millionen Kinder weltweit, fast die Hälfte davon kann deshalb keine Schule besuchen. Bildung ist jedoch ein wichtiger Schlüssel, um den Teufelskreis aus Armut und ausbeuterischer Kinderarbeit zu durchbrechen.

Ausbeuterische Kinderarbeit muss deshalb aktiv bekämpft werden: Die

Bundesregierung muss sich für ein Verbot von Kinderarbeit bei allen EU-Handelsabkommen einsetzen und ein Importverbot von Waren, die durch ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden, prüfen. Sie muss stärker auf Unternehmen einwirken, damit durch Produktionskontrollen ausbeuterische Kinderarbeit für ein Endprodukt möglichst ausgeschlossen werden kann.

Auch Behörden sind verpflichtet, die Anschaffung von Produkten, die durch ausbeuterische Kinderarbeit entstanden sind, möglichst auszuschließen. Unsere Städte, Landkreise und Gemeinden brauchen zudem eine Handhabe, damit sozia-

■ **Von Marlene Rupprecht MdB**
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen



le und ökologische Mindeststandards bei der öffentlichen Vergabe angewendet werden. Notwendig ist auch eine bessere Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, über Produkte aus Kinderarbeit und deren Hintergründe.

Mit herzlichen Grüßen
Eure Marlene Rupprecht, MdB

Syrien – Gegen Gewalt, Intervention und Krieg!

Beschluss der Kreismitgliederversammlung der SPD Erlangen-Stadt vom 20. Juni 2012

Die Erlanger SPD verurteilt auf das Schärfste die zunehmende Gewalt und die Massaker in Syrien, die Leid und Not über große Teile des syrischen Volkes gebracht haben und deren Ende nicht abzusehen ist. Wir fordern die öffentliche lückenlose Aufklärung über die Täter und ihre Hintergründe. Regierung und alle beteiligten Gruppierungen müssen – durch Initiative der UNO - umgehend an den Verhandlungstisch, um die Gewalt zu beenden und friedliche Konfliktlösungen zu suchen.

Die Erlanger SPD lehnt jedoch alle Überlegungen und Vorbereitungen zu einer militärischen Intervention gegen Syrien ab und fordert dazu auf, die Vermittlungsbemühungen der Vereinten Nationen zu stärken.

Die Erlanger SPD unterstützt die Erklärung des Bundesausschuss Friedensratschlag und dessen Forderungen:

1. Die Mission von Kofi Annan muss fortgesetzt und personell erweitert werden. Die syrische Demokratische Plattform schlägt z.B. eine Erhöhung der internationalen Beobachter von 300 auf bis zu 3.000 vor. Sie müssten auch in Kleinstädten und Dörfern stationiert werden und dort präsent sein, wo die Geheimdienste agieren.
2. Absage an alle Überlegungen und Vorbereitungen zu einer militärischen Intervention. Die Vereinten Nationen sollten – in Erfüllung der beiden Sicherheitsrats-Resolutionen 2042 und 2043 – ihre Dienste zur Vermittlung im syrischen Konflikt anbieten
3. Ausstieg aus dem Sanktionsmechanismus der EU und Zurücknahme bisher erfolgter Sanktionen - stattdessen Umsetzung eines allgemeinen Waffenembargos
4. Sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen in die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Dies schließt Schützenpanzer in die Vereinigten Emirate genauso ein wie Kampfpanzer nach Saudi-Arabien oder U-Boote nach Israel
5. Bereitstellung humanitärer (z.B. medizinischer) Hilfe für Syrien
6. Erlass eines sofortigen Abschiebestopps für Flüchtlinge aus Syrien; als Kriegsflüchtlinge fallen sie unter die Genfer Flüchtlingskonvention, und ein Aufenthaltsangebot für syrische Flüchtlinge in den Staaten der EU.

Darüberhinaus fordern wir die Gründung und möglichst rasche Einberufung einer „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten (KSZNMÖ)“ durch die UNO – nach dem Vorbild der KSZE.

Die Erfahrungen aus den gescheiterten Interventionen in Afghanistan, Irak und Libyen müssen von der Politik endlich zur Kenntnis genommen werden: Krieg kann nicht mit Krieg, Gewalt nicht mit Gewalt beantwortet werden.

Die Erlanger SPD unterstützt die entsprechenden Aktionen des „Erlanger Bündnisses für den Frieden“ und ruft zur Beteiligung auf.

Zur Begründung (aus der Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag vom 1. Juni 2012):

„(...) Die vor wenigen Wochen begonnene Vermittlungsmission der Vereinten Nationen in Syrien mit dem Sonderbotschafter Kofi Annan gerät in äußerster Gefahr. Von Interventionsbefürwortern und einem Teil der publizierten „öffentlichen Meinung“ war dem Sechs-Punkte-Plan von Kofi Annan von Beginn an ein Scheitern vorhergesagt worden. Mit der syrischen Regierung unter Assad, so lautete die Botschaft, könne es keine Verhandlungen und keinen Kompromiss geben. Der „blutrünstige Schlächter“ von Damaskus werde weiter auf sein Volk schießen lassen und keinen Zentimeter von seiner militärgestützten Macht weichen. Vor allem die bewaffneten Teile der Opposition (die sich in der „Freien syrischen Armee“ zusammengeschlossen haben und von der Türkei und Saudi-Arabien unterstützt werden) und der vom westlichen Ausland aus operierende „Syrische Nationalrat“ (SNR) plädieren seit langem für eine militärische Intervention der NATO, wobei ihnen offenbar Libyen als Beispiel gilt. Der Annan-Plan, so heißt es in einer jüngsten Erklärung des SNR, solle „zum Teufel gehen“.

Dem gegenüber haben es die Stimmen aus Syrien schwer gehört oder hier zu Lande publiziert zu werden, die sich für einen gewaltlosen Weg der Reform und Demokratisierung des Landes aussprechen und sich eine ausländische Einmischung verbitten. Zivilgesellschaftliche Akteure in oppositionellen Parteien, Nichtregierungsorganisationen – die sich in den

letzten Monaten zahlreich gebildet haben – und Interessenverbände aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft plädieren für Gespräche und Verhandlungen unter Einschluss aller Kontrahenten. Alles andere würde den Bürgerkrieg weiter entfesseln und das Eingreifen ausländischer Mächte provozieren.

Besorgniserregend ist neben der Gewalteskation im Inneren die Formierung einer Interventionsfront, die im Westen von Frankreich, im Nahen Osten von Saudi-Arabien, Katar und der Türkei angeführt wird. Bewaffnete Kräfte sind mittlerweile aus Libyen nach Syrien gelangt um dort den Bürgerkrieg am Leben zu halten; zahlreiche Anschläge mit Dutzenden Toten tragen die Handschrift von professionellen Terrorbanden à la al-Kaida. All diese Gewaltexzesse müssen ebenso wie die jüngsten Massaker von Hula von unabhängigen Ermittlern aufgeklärt werden (...)

(...) Abgesehen davon, dass der Einsatz von Militär grundsätzlich keinen Konflikt lösen kann, sondern eher noch zu dessen weiterer Eskalation beiträgt, würde sich eine Intervention in Syrien unweigerlich zu einem Flächenbrand ausweiten. Syrien ist verbündet nicht nur mit Iran, sondern auch mit der mächtigen Hisbollah in Libanon. Viele Palästinenser sehen in Syrien nach wie vor eine Art Verbündeten zur Vertretung ihrer Interessen. Sollte sich die türkische Armee an einer Koalition beteiligen, würde das die ca. drei bis vier Millionen syrischen Kurden auf den Plan rufen. Der Irak ist involviert einmal wegen der Millionen Kriegsflüchtlinge, die heute noch in Syrien leben, zum anderen wegen der Konkurrenz mit Saudi-Arabien (aber auch Ägypten) um eine regionale Führungsposition.

Saudi-Arabien bekämpft das syrische Regime, um damit auch die Achse Teheran – Bagdad – Damaskus – Libanon zu schwächen. Saudi-Arabien wird dabei insbesondere von Katar und den Emiraten unterstützt. Katar unterstützt die Muslimbrüder insbesondere durch seinen Sender Al Dschasira, die Emirate liegen im Streit mit dem Iran über drei Inseln in der Straße von Hormus. Kurzum: Der Nahe und Mittlere Osten würde in eine unkontrollierte Neuordnung hineingezogen, die mit „Ordnung“ nichts, mit Chaos und Gewalt aber sehr viel zu tun hätte (...)



RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2

FRAKTION SIEHT ALT AUS

Durch „GERT“
die Älteren besser verstehen

Seite 3

HANDBALL IN ERLANGEN

Hiersemannhalle bleibt Handball-
Hexenkessel

WIE GEHT'S MIT DEN BÄDERN WEITER?

SPD INFORMIERTE ÜBER DIE ZUKUNFT DER ERLANGER BÄDER

Der Frankenhof marode, die Technik der Hannah-Stockbauer-Halle veraltet und das Westbad kurz vor der Schließung - ein neues Hallenbad im Westen könnte die Lösung bringen



Trotz eines Champions League Spiels des FC Bayern München und vieler weiterer Veranstaltungen in der Stadt waren am Mittwoch, den 25. April, um die 90 inte-

ressierte Bürgerinnen und Bürgern zum SPD-organisierten Stadtgespräch beim BSC erschienen, um diese Frage anzugehen. Zunächst schilderte Matthias Exner, Vorsitzender der Erlanger Stadtwerke, die aktuelle Bädersituation aus der Sicht der Stadtwerke. Dabei betonte er, dass für den Erhalt der Bäder zwar Geld im städtischen Haushalt vorgesehen sei, jedoch mit Blick auf anstehende Schulsanierungen andere Projekte in der Prioritätenliste ganz oben stehen. [weiter auf S. 2](#)

SOZIALRABATT ENDLICH MÖGLICH

SPD SETZT RABATTIERUNG FÜR ÖPNV DURCH

Ab 1. Januar 2013 müssen ÖPNV-Nutzer für Fahrscheine deutlich tiefer in die Tasche greifen. Um bis zu 30 Prozent werden die Tickets in der dann gültigen Tarifstufe Z teurer. Der außerplanmäßigen Tarifierhöhung durch die ESTW stimmte die SPD-Fraktion bei der Stadtratssitzung am 26.4.2012 nur unter der Prämisse zu, dass Personen mit niedrigerem Einkommen von den Erhöhungen nicht betroffen sind. „Das ist ein wichtiger Beitrag dafür, dass sich alle Menschen in unserer Stadt Mobilität leisten können“, erklärte die sozialpolitische Sprecherin Gisela Niclas. Da die von der SPD ursprünglich vorgeschlagene soziale Abfederung der Tarifierhöhung durch die ESTW nach Auskunft des Rechtsreferats auf Grund des gelten-

den Personenbeförderungsgesetzes nicht zulässig ist, wurde der aus dem städtischen Haushalt finanzierte Sozialrabatt als Alternative vorgeschlagen und auch durchgesetzt. Dieser steht Personen, die Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Grundsicherung im Alter beziehen, zu. Die Details für das Sozialticket, das etwa 5500 Erlangern zunächst ein Jahr lang einen Rabatt auf Monatstickets (Jahresabo) gewähren soll, u.a. legte der Sozialausschuss fest; künftig soll das Jahres-Abo für diesen Personenkreis 26,50 Euro im Monat kosten. Die SPD-Fraktion tritt schon seit vielen Jahren für einen entsprechenden Rabatt ein, bislang scheiterten die Initiativen aber an den Mehrheiten im Stadtrat. ■

Unseren Antrag im
Wortlaut finden Sie
unter:

[www.spd-fraktion-erlangen.de/
index.php?page_
id=110&number=494](http://www.spd-fraktion-erlangen.de/index.php?page_id=110&number=494)

Erlangen

SPD

GERT BEI DER SPD ZU GAST

FRAKTION TESTET GEREONTOLOGISCHEN TESTANZUG

Weitere Auskunft gibt
der Seniorenbeirat
der Stadt Erlangen:
Frau Strobl 09131-
862122



Vor der letzten Fraktionssitzung kamen einige Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion zusammen um kurzzeitig gemeinsam alt zu werden. Als Vorsitzende des Seniorenbeirates hatte Helga Steeger einen Alterssimulationsanzug „GERT“ organisiert.

Dieser bietet die Möglichkeit, typische Einschränkungen älterer Menschen auch für Jüngere erlebbar zu machen. Charakteristische altersbedingte Gebrechen wie eine Verschlechterung der Seh- und Hörfähigkeit wurden anhand von Brillen und Ohrenschützern erprobt. Als Erster testete der Fraktionsvorsitzende Dr. Florian Janik den kompletten Anzug und wurde somit

von einem Moment auf den Anderen in den Zustand eines etwa Sechzigjährigen versetzt. Janik fiel es vor allem schwer, die anderen Fraktionsmitglieder akkustisch zu verstehen, wenn alle durcheinander redeten. Auch die Einschränkung der Kopfbeweglichkeit, des Greif- und des Koordinationsvermögens machten ihm zu schaffen. Bei den anderen Testern konnte man besonders deutlich den altersbedingt veränderten Gang beobachten. Zwar konnte die als sehr sportlich bekannte Ursula Lanig auch im Alterssimulationsanzug noch durch das Fraktionsbüro joggen, aber auch sie musste feststellen, dass es bei Weitem anstrengender war als gewohnt. Abschließend waren sich alle einig, dass GERT die Situation älterer Menschen verständlicher macht und der gerontologischen Testanzuges eine äußerst sinnvolle Anschaffung des Seniorenbeirats ist, um auch z. B. Schüler für das Verhalten älterer Mitbürger zu sensibilisieren. ■

ZUKUNFT DER ERLANGER BÄDER

Fortsetzung von S. 1.

Der direkte Link zu
den Erlanger Bädern:

[www.estw.de/cms/
Baeder/Schwimmen
_und_Baden_in_Er-
langen.html](http://www.estw.de/cms/Baeder/Schwimmen_und_Baden_in_Erlangen.html)

Für die Planungen des Um- bzw. Erweiterungsbaus des Freibad West mit dem Erhalt des Sprungturms wurden auf Initiative der SPD-Fraktion 300.000 Euro in den Haushalt 2012 eingestellt. Florian Janik betonte, dass es keine sinnvolle Alternative zur Umgestaltung des Freibades West mit dem Neubau eines Hallenbades gebe. Nur so könne, seiner Ansicht nach, ausreichend Raum für Schul- und Vereinssport bereitgestellt werden. Die Schließung des Hallenbades Frankenhof in der Stadtmitte – es müsste ansonsten für ca. neun Millionen Euro saniert werden – sahen sowohl Exner als auch Janik als unausweichlich. Neben der Hanna-Stockbauer-Halle im Röthelheimbad muss es aber weiterhin ein zweites Hallenbad in der Stadt geben. Zudem spricht der enorme Bevölkerungszuwachs im Stadtwesten für einen Neubau eines Hallenbades in dem Gebiet. Aber Janik verschwieg auch nicht, dass die Erweiterung des Westbades auch mit negativen Effekten für die Bürgerinnen und Bürger verbunden sein wird. So wird

es während einer Übergangszeit von ein bis zwei Jahren nur ein Bad in Erlangen geben. Zusammen mit den Vereinen und AnwohnerInnen des Westbades soll hier über eine für alle Seiten verträgliche Lösung nachgedacht werden. Janik betonte, dass die Stadt für das Bad im Westen nicht alle Kosten tragen kann, sondern eine Finanzierung über den Haushalt der Erlanger Stadtwerke angedacht sei. Die ESTW nehmen dazu einen Kredit auf, für welchen die Stadt Erlangen die Bürgschaft übernimmt und sich an Zins und Tilgung beteiligt. Große Erleichterung herrschte über die Nachricht, dass der beliebte Sprungturm vermutlich erhalten bleiben könne.

Im Dialog mit den Anwesenden stellten sich vor allem die Öffnungszeiten der Bäder als großes Ärgernis heraus. Herr Exner versprach, dass dieses Thema im Aufsichtsrat thematisiert werde und die ESTW bemüht seien, hier eine angemessene Lösung zu finden. ■

ERBA VILLA WIEDER ERÖFFNET

GENERALSANIERUNG STEHT NOCH AUS

Nach vielen hundert Stunden harter handwerklicher, ehrenamtlicher Arbeit von Mitgliedern des Fördervereins „Die Villa und Angertreff“, einer Sammlung von 1.700 Unterschriften für den Erhalt des Gebäudes und einer Spendeneinnahme von über 40.000 Euro konnte am 13. Mai der Bürgertreff „Die Villa“ wiedereröffnet werden. Auch die SPD-Fraktion gratuliert herzlich zur Wiedereröffnung!

Dabei war die Sanierung der Villa im Vorfeld keinesfalls unumstritten: Nachdem festgestellt wurde, dass eine Generalsanierung und ein Anbau nötig wäre, damit das Jugendamt mit der Hauptschullernstube und der offenen Jugendsozialarbeit dort eine weitere Betriebserlaubnis erhalten könnte, stiegen die geschätzten Kosten in Millionenhöhe. Dafür gab es aber keine Mehrheit im Stadtrat. Im Gegenteil, die CSU-Fraktion stellte den Antrag, das Gebäude zu verkaufen, den Bürgertreff und die Einrichtungen des Jugendamtes

an einen anderen, angemieteten Ort zu verlegen.

Durch den Druck der Öffentlichkeit und das Engagement des Fördervereins konnte im Stadtrat ein Kompromiss gegen die Stimmen der CSU und des Oberbürgermeisters, die an Ihren Verkaufsplänen festhielten, gefunden werden: Das Erdgeschoß wurde für die Stadtteilarbeit ertüchtigt und das Dach neu gedeckt, die beiden anderen Stockwerke können leider derzeit nicht genutzt werden.

Für die SPD-Fraktion steht fest: Das ist nur eine Zwischenlösung. Denn es kann nicht sein, dass die Hälfte des Gebäudes nicht genutzt werden kann, die Stadt aber an anderer Stelle für die Einrichtungen des Jugendamtes eine hohe Miete zahlen muss. Für uns gilt: Die Villa muss in Gänze saniert und Pläne für einen Anbau realisiert werden. Auch wenn dies nur schrittweise durchgeführt werden kann. ■

Während einer Mitgliederversammlung der SPD kamen spontan 500 Euro zusammen! Wenn Sie auch spenden möchten: www.rettet-die-villa.de

SPD SICHERT HANDBALLSTANDORT ERLANGEN!

KARL-HEINZ-HIERSEMANN-HALLE BLEIBT HANDBALLARENA

Sollte der HC Erlangen den Aufstieg in die erste Handballbundesliga schaffen, wird die Hiersemann-Halle zu einer erstligatauglichen Handballarena umgebaut. Das nun beschlossene Konzept sieht vor, die Halle für ca. 2 Millionen Euro umzubauen und so Spitzenhandball in Erlangen möglich zu machen. Die SPD-Fraktion hat diesem Projekt zugestimmt, weil aus dem unrealistischen Traum einer neuen Hochglanzhandballarena für bis zu 15 Millionen Euro ein solides Projekt geworden ist, das auch finanzpolitisch verantwortet werden kann. Zunächst wurden bei der Stadtratssitzung im April mit eindeutiger Mehrheit Planungsmittel in Höhe von 200.000 Euro bewilligt.

Carsten Bissel, Vorsitzender des Aufsichtsrates des HCE, bedankte sich in einem Brief bei der Fraktion: „Ohne ihre frühzeitige, verlässliche Positionierung wäre das Ende des Handballspitzensportes in unserer Stadt besiegelt gewesen.“ Selbst nach-

dem Oberbürgermeister und Stadtverwaltung wiederholt betont hatten, dass in der bestehenden Hiersemannhalle die für eine Erst- bzw. Zweitliga-Lizenz benötigten 2250 Sitz- und Stehplätze nicht untergebracht werden können, ließ die SPD nicht locker und beharrte auf einer gründlicheren Prüfung. Laut Stadtverwaltung, hätte man entweder die bestehende Halle für viele Millionen Euro umbauen oder eine ganz neue Sporthalle für noch mehr Geld schaffen müssen. Die SPD-Fraktion und die Verantwortlichen im Verein plädierten hingegen von Anfang an für eine kostengünstigere Lösung durch kleinere Umbaumaßnahmen, die letztendlich auch im Stadtrat eine Mehrheit gefunden hat. Sollte es in diesem Jahr nicht mit dem Aufstieg klappen, liegen die Pläne bereit, um die Hiersemann-Halle zu einem späteren Zeitpunkt in einen Handball-Hexenkessel zu verwandeln. ■

Mehr zu dem Verein und der Mannschaft unter <http://www.hc-erlangen.de/>

RATHAUS TELEGRAMM 03/2012: IMPRESSUM

Das SPD-Rathaustelegramm wird durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen erstellt, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd@erlangen.de
Verantwortlich: Dr. Florian Janik - Redaktionelle Gestaltung: Saskia Coerlin

Erlangen

SPD

Materialien zum Thema Fiskalpakt

Stellungnahme von ver.di zum Fiskalpakt

In einer Stellungnahme, die mit einem Brief des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske an alle Bundestagsabgeordneten verschickt wurde, hat ver.di die wichtigsten Argumente gegen den Fiskalpakt übersichtlich auf den Punkt gebracht:

Der Fiskalvertrag schadet der Demokratie

Der Fiskalvertrag sieht keine Kündigungsklausel vor. Einzelnen Mitgliedstaaten ist es nicht möglich, den Vertrag einseitig zu kündigen – auch nicht mit einer verfassungsändernden Mehrheit im Parlament – er muss einstimmig von allen Mitgliedstaaten aufgehoben oder geändert werden. Somit erhält der Fiskalpakt eine Art von Ewigkeitsgarantie, die die Souveränität der Staaten unterhöhlt.

Der Fiskalpakt schränkt das „Königsrecht“ der Parlamente – das Recht, den eigenen Haushalt zu gestalten – massiv ein und überträgt staatliche Rechte auf die nicht gewählte EU-Kommission. Das Haushaltsrecht ist auch deshalb so zentral für die Handlungsfähigkeit der Gebietskörperschaften und sozialen Sicherungssysteme eines Staates, weil die Einnahmen und Ausgaben maßgeblich für die Ausgestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind.

Das nationale Haushaltsrecht wird sowohl durch die Einführung einer im Vergleich zur deutschen Regelung erweiterten Schuldenbremse, als auch durch automatische Korrekturmechanismen beschnitten. Die angemessene Umsetzung der Schuldenbremse in nationales Recht wird vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) überprüft und die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, sich gegenseitig zu verklagen. Die nicht demokratisch gewählte Europäische Kommission erhält Mitspracherechte: Alle Länder, deren Neuverschuldung über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder deren Schulden über 60 Prozent des BIP liegen, müssen ihre Haushaltsgrundsätze künftig von der Kommission genehmigen lassen, damit wird der EU-Kommission ein Veto-Recht bezogen auf nationalstaatliche Maßnahmen eingeräumt.

Der Fiskalpakt erhöht den Konsolidierungsdruck für Länder und Kommunen

Der Fiskalvertrag verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, die Schuldenbremse ein Jahr nach Unterzeichnung in nationales Recht umzusetzen. Dann gilt der neue Rechtsrahmen sofort. Die deutsche Schuldenbremse muss hingegen vom Bund ab dem Haushaltsjahr 2016 und von den Ländern erst ab 2020 eingehalten werden. Der Europäische Fiskalpakt führt folglich zu einem erhöhten Konsolidierungsbedarf für die Länderhaushalte.

Während die deutsche Schuldenbremse sich nur auf Bund und Länder bezieht, sind beim Fiskalvertrag auch die Gemeinden und Sozialversicherungsträger inklusive der Nebenhaushalte einbezogen. Dadurch entstehen zusätzliche Belastungen für die Städte und Gemeinden.

Der Fiskalvertrag ist ökonomisch schädlich

Der Europäische Fiskalpakt bekämpft nicht die Ursachen der Schuldenkrise. Die europäischen Schuldenberge sind nicht durch laxer Haushaltspolitik entstanden. Vor der großen Finanzmarktkrise stiegen in der Mehrzahl der EU-Länder die Staatsausgaben schwächer als das Sozialprodukt. Folglich schrumpften dort die Staatsquoten. In den heutigen Krisenländern Irland, Spanien und Italien sank sogar die Schuldenlast. Erst der Kollaps der Finanzmärkte ließ die Schulden europaweit explodieren. Die Bankenrettung machte aus privaten Schulden im Handumdrehen öffentliche Schulden. Die Schuldenquote des Eurolands kletterte von rund 66 Prozent auf über 85 Prozent.

Der Fiskalpakt zielt darauf ab, öffentliche Ausgaben ohne Neuverschuldung zu finanzieren. Die Steuereinnahmen sollen künftig die Ausgabenhöhe bestimmen. In einer robust wachsenden Volkswirtschaft mit sprudelnden Steuereinnahmen kann dieses Ziel erreicht werden. Ein solcher Zustand ist aber nicht die Regel. Wenn die Wirtschaft schrumpft und der Staat versucht, den sinkenden Steuereinnahmen hinterher zu sparen, dann beschleunigt sich die wirtschaftliche Talfahrt. Der Fiskalpakt

ignoriert den engen Zusammenhang von Staatsausgaben und Konjunktur. Staatsausgaben sind immer auch Einnahmen der Unternehmen und der Privathaushalte. Wenn der Staat zum falschen Zeitpunkt kürzt, dann verlieren Firmen Aufträge und drosseln die Produktion. Zudem haben Transferempfänger dann weniger Geld. Im Aufschwung ist dieser Nachfrageentzug verkraftbar, im Abschwung verschärft er den Absturz. Dann sinken Wachstum und Steuereinnahmen, Arbeitslosigkeit und Schulden steigen.

Die neue Schuldenabbauregel wirkt prozyklisch

Der Fiskalpakt schreibt nicht niedrigere nominale Schulden vor, sondern niedrigere Schulden relativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Erlaubt ist zukünftig nur noch eine Schuldenquote in Höhe von 60 Prozent des BIP. Wenn das BIP in einer Rezession schrumpft, steigt automatisch das Verhältnis der Schulden zum BIP (die Schuldenquote). Auch, wenn gar keine neuen Schulden aufgenommen werden. Die Schuldenabbauregel veranlasst die Finanzminister in einer Rezession zu sparen. Das würgt die Wirtschaft weiter ab.

Darüber hinaus beschneidet der Fiskalpakt die öffentlichen Investitionen. Europas Finanzminister dürfen nicht mehr in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur oder Umwelt investieren, wenn dadurch Schuldengrenzen verletzt werden. Selbst aus betriebswirtschaftlicher Sicht macht das keinen Sinn. Jedes Unternehmen nimmt wenn nötig einen Kredit auf, um zum Beispiel Investitionen zu tätigen. Die Investitionen schaffen dann Wachstum und ermöglichen die Tilgung der Kredite. Zudem sind die Renditen von Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur höher als ihre Finanzierungskosten.

Der Fiskalpakt wird das selbstgesetzte Ziel, die Staatsverschuldung nachhaltig abzubauen, nicht erreichen. Er führt am Ende sogar zu einer höheren Staatsverschuldung. Dass der Staatsverschuldung mit harten Spar- und Kürzungsregeln nicht beizukommen ist, zeigen derzeit die EU-Krisenstaaten. Dort dreht sich die Spirale aus sinkender Wirtschaftsleistung, sinkenden Steuer-

einnahmen und steigenden Schulden weiter.

Der Fiskalvertrag beschädigt den Sozialstaat

In Europa werden die Haushalte zu 80 Prozent über die Ausgabenseite konsolidiert. Von Rom bis Madrid werden jetzt unter dem Deckmantel der Sparpolitik Staatsdiener entlassen, Löhne, Arbeitslosengeld und Renten gekürzt. Das Arbeitsrecht kommt unter die Räder. Der Fiskalpakt wird diese Kahl-schlagpolitik fortsetzen. In Artikel 3, Absatz 1, Buchstabe b des Fiskalver-

trags ist explizit festgeschrieben, dass die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung anhand einer „Analyse der Ausgaben“ erfolgen soll, nicht der Einnahmen.

Die hohe Geschwindigkeit, mit der die Haushaltsdefizite und der Schuldenstand laut Fiskalvertrag abgebaut werden müssen, gibt den Staaten keinen zeitlichen Spielraum, um die Weichen so zu stellen, dass über Steuerrechtsänderungen und Wirtschaftswachstum aus den Schulden herausgewachsen werden kann; was bleibt, sind Ausgabenkürzungen.

Beschluss „Der Fiskalpakt greift zu kurz – unsere Forderungen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa“ des Parteikonvents vom 16. Juni (Auszüge)

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, sich durch Beschluss des Bundeskabinetts verbindlich zu verpflichten, den Fiskalpakt durch eine Initiative zur Einführung der Finanztransaktionssteuer, die alle relevanten Finanzprodukte umfasst, ebenso wie durch nachhaltige Investitionen zur Beschäftigungssicherung und ein Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit zu ergänzen. Diese Maßnahmen müssen wie der Fiskalpakt verbindlich sein.

1. Wir fordern eine verbindliche Stärkung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte durch die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer, auch im Wege der verstärkten Zusammenarbeit oder der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, deren Aufkommen für wirtschaftlich nachhaltige Investitionsprogramme eingesetzt werden kann. Dazu müssen auf dem Treffen der europäischen Finanzminister am 22. Juni sowie dem Europäischen Rat am 28./29. Juni erste Schritte eingeleitet werden. Die Bundesregierung hat dazu einen verbindlichen Zeitplan vorzulegen, damit in Europa die wesentliche Beschlussfassung über das Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit noch im Jahr 2012 erfolgt. Eine Finanztransaktionssteuer ist auch deshalb wichtig, weil sie ungewünschte spekulative Transaktionen auf den Finanzmärkten eindämmt.

2. Wir fordern ein Europäisches Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit und für Chancen und Perspektiven der jungen Generation. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist rasch und entschieden zu bekämp-



fen. Dazu gehören die Erleichterung der europaweiten Mobilität, eine „Jugendgarantie“ mit dem Recht auf Aus- und Weiterbildung sowie ein europäisches Bündnis für Ausbildung und Arbeitsplätze. Ziele und Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit müssen europaweit vereinbart und finanziell abgesichert werden.

3. Wir fordern einen Europäischen Investitions- und Aufbaufonds mit einer Übereinkunft zur verbindlichen Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung:

- Eine wirksame Nutzung der EU-Strukturfonds und einen Beschluss, die Europäische Investitionsbank (EIB) zu stärken. Zur Finanzierung eines schnell wirkenden Wachstums- und Beschäftigungsprogramms müssen kurzfristig die bisher ungenutzten Strukturfondsmittel der EU verwendet werden, wobei die Kofinanzierungsregeln flexibler gestaltet werden müssen. Die EIB muss unter anderem durch Stärkung ihres Stammkapitals im europäischen Institutionengefüge aufgewertet werden und neben dem Rettungsschirm ESM, der Kredithilfen für Staaten bereitstellt, mehr Investitionen in die Wirtschaft mobilisieren.
- Einführung Europäischer Projektanleihen. Um weitere finanzielle Ressourcen für eine solche zielgerichtete europäische Wachstums- und Innovationspolitik zu erschließen und den Rückfluss von privatem Kapital in investive Verwendungen in Gang zu setzen, sind europäische „Projektanleihen“ ein geeignetes Instrument, zu deren Umsetzung sich die Bundesregierung bekennen muss.
- Verwendung der Mittel aus einer Finanztransaktionssteuer.

4. Wir fordern die Einsetzung einer hochrangigen Kommission, welche Vorschläge zur stärkeren Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking sowie zur Regulierung der Schattenbanken und Eindämmung der Rohstoffspekulation macht. Die SPD fordert die Bundesregierung weiter auf, endlich ein europaweit einheitliches Restrukturierungs- und Abwicklungsregime für in Schieflage geratene Kreditinstitute zu vereinbaren.

5. Die Länder haben zur Erreichung der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse bis 2020 jeweils eigene ambitionierte Konsolidierungspfade beschritten. Wir fordern die Zusiche-

- rung, dass die Regelungen des Fiskalpaktes mit einer für alle staatlichen Ebenen gemeinsam geltenden Neuverschuldungsgrenze den Ländern keine weitere Verschärfung ihrer Pfade auferlegen. Die Schuldenregel des Grundgesetzes hat die kommunalen Haushalte vom Neuverschuldungsverbot für die Länder ausgenommen. Es muss sichergestellt werden, dass aus den Kommunalhaushalten keine neuen Konsolidierungsrisiken für die Länder erwachsen. Das Budgetrecht der Landtage darf über die geltenden Regelungen des Grundgesetzes hinaus nicht eingeschränkt werden.
6. Wir fordern, dass das Europäische Parlament an den Europäischen Räten, den Euro-Gipfeln und Tagungen zum Fiskalpakt beteiligt und seine Stimme bei den Entscheidungen angehört wird. Zugleich fordern wir, dass dem Bundestag und dem Bundesrat in Deutschland beim Fiskalpakt die gleichen Rechte wie bei Änderung und Umsetzung der Verträge der Europäischen Union eingeräumt werden. Der Fiskalpakt ist schnellstmöglich in die Strukturen der Europäischen Verträge zu überführen. Nur

eine umfassende Beteiligung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente kann sicherstellen, dass es nicht zu einem Rückbau der europäischen Demokratie kommt, indem immer mehr Entscheidungen allein von den europäischen Regierungen getroffen werden.

7. Dem Fiskalpakt muss ein europäisches Bündnis zur Stärkung der Staatsfinanzierung gleichwertig gegenüber gestellt werden. Eine der Konsolidierungsverpflichtung rechtlich entsprechende Verpflichtung der EU-Mitgliedsstaaten zur gleichartigen Besteuerung der Wirtschaft (gleiche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer) und eine verpflichtende Mindestbesteuerung für Vermögen muss der nächste konkrete Schritt in der Entwicklung der europäischen Fiskalverfassung sein.

Die SPD macht sich dafür stark, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU umfassend neu auszurichten. Die Antwort auf die Krise darf nicht weniger Europa sein. Die EU muss sich enger koordinieren und ihre Beschlüsse müssen verbindlicher werden.

niedrig wie schon lange nicht mehr. Dennoch wurden diesen Sparorgien von Seiten der EU, der EZB und dem IWF aufgezwungen und die Krise somit verschärft. Deswegen können die Staatsschulden nicht Auslöser der Weltwirtschaftskrise sein und deswegen ist der Fiskalpakt auch ein Katalysator, der die Krise in den betroffenen Ländern erst richtig eskalieren lässt.

Was wir brauchen, ist ein demokratisches, solidarisches und sozial gerechtes Europa. Ein Europa, in dem wir jedem EU-Mitglied auf Augenhöhe begegnen. Die Besessenheit nach Wettbewerbsfähigkeit hat zu schlechten Löhnen und prekärer Beschäftigung in Deutschland und zu einem Einbruch der Wirtschaftsleistung in den anderen Ländern geführt. Uns wird vorgegaukelt, dass diese Sparmaßnahmen und die Einschnitte bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alternativlos seien, um die Stellung als Export oder Vizeexportweltmeister zu behalten. Das muss ein Ende haben. Diese eindimensionale Ausrichtung der Wirtschaft zerstört Europa. Was wir brauchen ist ein Europa, dass Regulierungen durchsetzt, die eine soziale und ökologische und demokratische Wirtschaft ermöglichen.

Rede des Vorsitzenden der Erlanger Jusos, Munib Agha, auf der Demonstration gegen den Fiskalpakt am 23. Juni in Erlangen

Liebe Freundinnen und Freunde, es freut mich sehr, dass wir uns hier zusammengefunden haben, um gegen den Fiskalpakt zu demonstrieren. Vielen Dank Johannes, dass du die Demo organisiert hast und vielen Dank an euch alle, dass ich hier die Möglichkeit bekomme, zum Fiskalpakt was zu sagen, da mich dieses Thema ebenfalls seit Monaten schon beschäftigt. Wenn der Fiskalpakt in Kraft tritt, wird es auch für mich als Juso und SPD-Mitglied schwieriger, für die politischen Ideale zu kämpfen, die ich vertrete. Und zwar nicht nur, weil mit diesem Pakt die Rechte des Parlaments in Sachen Haushaltsverabschiedung eingeschränkt werden. Sondern weil dadurch auch die von Merkel gepriesene marktkonforme Demokratie in unser bezüglich der Wirtschaftsform neutralen Grundgesetz verankert wird.

Nach der Lehman-Pleite sah es zunächst danach aus, als hätte man eingesehen, dass die Ideen des Neolibe-

ralismus, die u.a. auf eine Sparpolitik zu Ungunsten der Ärmsten der Gesellschaft und auf eine Deregulierung der Märkte abzielen, für die Krise verantwortlich und ursächlich waren. Doch spätestens seit der sogenannten Griechenland-Krise wurde klar, dass das nicht so war.

Man möchte uns nun weiß machen, dass ohne die hohen Schulden der südeuropäischen Staaten diese Krise gar nicht möglich gewesen wäre und dass diese Schulden aus unzureichender Konkurrenzfähigkeit, Korruption und Faulheit entstanden sind. Zum Fiskalpakt gäbe es deswegen auch keine Alternative.

Staaten wie Spanien und Irland haben vor der Krise allerdings Haushaltsüberschüsse erzielt. Die Schulden von Spanien sind gemessen am BIP sogar momentan noch niedriger als die Deutschlands. Die Schulden im Euroraum waren vor der Finanzkrise so

Liebe Freundinnen und Freunde, in den letzten Wochen haben wir Jusos und viele Genossinnen aus Mittelfranken, Bayern und ganz Europa gegen den Fiskalpakt gekämpft. Leider bisher ohne großen Erfolg. Wir arbeiten konstruktiv mit unseren Schwesterorganisationen in Österreich, Frankreich und Spanien zusammen. Und auch nachdem gestern der faule Kompromiss zwischen Regierung und Teilen der Opposition geschlossen wurde, werden wir weiterhin gegen den Fiskalpakt und die Festschreibung einer neoliberalen Wirtschaftsordnung kämpfen! Für uns Jusos Erlangen war es wichtig, den euch vorliegenden Aufruf zu unterzeichnen. Die Erlanger SPD hat zur Demo aufgerufen, da es wichtig ist gegen den Fiskalpakt Flagge zu zeigen. Denn wenn wir aufhören auf Missstände hinzuweisen und zu kämpfen, haben wir schon verloren. In diesem Sinne: Lasst uns gegen die Einführung des Fiskalpakts weiter kämpfen. Auch wenn es so aussieht, als wäre das schon beschlossene Sache, können wir immer noch die Menschen von der Falschheit überzeugen und Druck auf die Parlamentarier ausüben.

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Distriktsversammlung
findet statt am

**Dienstag, 17. Juli,
20 Uhr im Angerwirt,
Guhmannstraße 10**

Die Tagesordnung wird noch rechtzeitig
bekannt gegeben.

Solidarische Grüße
Munib

■ **Distrikt Anger-Bruck**

Vorsitzender:

Munib Agha
munib_agma@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 17. Juli, 19 Uhr
im Schützenhaus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:

Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten

**Distriktsversammlung
am Dienstag, 17. Juli,
20 Uhr in der Sportgast-
stätte des TSV Frauena-
rach**

Tagesordnung:

1. Mitteilungen zur Kenntnis
2. Berichte aus Stadtrat, Ortsbeirat etc.
3. Aktuelles aus dem Distrikt
4. Termine
5. Verschiedenes

Für den Vorstand
Elizabeth Rossiter

■ **Distrikt Frauenaarach**

Vorsitzende:

Elizabeth Rossiter
Telefon: 992619
e.rossiter@web.de

Bereits um 19 Uhr treffen sich alle, die
vor unserer Versammlung etwas essen
möchten.

Liebe Distriktsmitglieder,
unsere nächste Sitzung findet statt am

**10. Juli um 20 Uhr im Ne-
benraum der „Kulisse“
(Theaterstraße)**

steht aber das Referat zu Armenien von
Wolfgang Vogel.

Wir hoffen wieder auf zahlreiche Teil-
nahme!

Für den Vorstand
Michael Zimmermann

■ **Distrikt Innenstadt**

Vorsitzender:

Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Wir werden uns mit allerlei aktuellen
Themen beschäftigen. Im Mittelpunkt

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig

Telefon: 4003764

christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir Euch zusammen mit
dem Distrikt Süd ein zu einer

gemeinsamen Distriktsversammlung am Mittwoch, 11. Juli, 20 Uhr im Stadtteilhaus Treffpunkt Rötelheim- park (ehem. Easthouse, Schenkstr. 111)

Vorläufige Tagesordnung

- TOP 1 Aktuelles (u.a. Rückblick auf den Parteikonvent)
- TOP 2 Verkehrssituation im Stadtteil Rötelheimpark
- TOP 3 Diskussion/Planung eines gemeinsamen Sommer- oder Frühjahrsfests
- TOP 4 Berichte aus Stadtteilen und dem Stadtrat

Im August findet keine Sitzung statt.

Mit solidarischen Grüßen

Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Protokoll der Mitglieder- versammlung vom 22. Mai

TOP 1:

Christofer Zwanzig stellt die Ergebnisse und Diskussionen des vorangegangenen Landesparteitages vor.

TOP 2:

Es wird die Bevölkerungsstruktur und Wahlstimmenverteilung der letzten beiden Bundestagswahlen im Distrikt erörtert. Christofer Zwanzig stellt diese vor. Insgesamt geht daraus hervor, dass im kompletten Distrikt zwischen den Wahlen von 2005 und 2009 erhebliche Stimmverluste verzeichnet wurden. Es folgt eine lebhafte Unterhaltung darüber, wie die Arbeit innerhalb des Distriktes verstärkt, beziehungsweise wie gezielter für die SPD geworben werden könnte. Das Thema soll in den nächsten Sitzungen weiter besprochen werden.

TOP 3:

Bericht zum aktuellen Stand der Diskussion um die Stadt-Umland-Bahn. Anschließend Diskussion um den Antrag der FDP auf die Schaffung einer Tempo-30-Zone in der Langen Zeile. Die StadträtInnen aus dem Distrikt werden einstimmig aufgefordert, dem Antrag zuzustimmen.

Paul Reckmann

■ Distrikt Süd

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Dr. Andreas Richter

andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir Euch zusammen mit
dem Distrikt Ost ein zu einer

gemeinsamen Distriktsversammlung am Mittwoch, 11. Juli, 20 Uhr im Stadtteilhaus Treffpunkt Rötelheim- park (ehem. Easthouse, Schenkstr. 111)

Vorläufige Tagesordnung

- TOP 1 Aktuelles (u.a. Rückblick auf den Parteikonvent)
- TOP 2 Verkehrssituation im Stadtteil Rötelheimpark
- TOP 3 Diskussion/Planung eines gemeinsamen Sommer- oder Frühjahrsfests
- TOP 4 Berichte aus Stadtteilen und dem Stadtrat

Für den Vorstand

Dr. Andreas Richter

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 10. Juli, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:

1. Aktuelles.
2. Situation zur StUB
3. Vorbereitung Ortsbeiratssitzung
4. Planungen und Absprachen: Spielplatz, Fraktion vor Ort im Herbst, Augustausflug, Kerwa, Kunstförderpreis, TB
5. Projekte für Herbst: Energiewende, Situation des Gesundheitswesens
6. Problematik Israel
7. Verschiedenes

Weitere Hinweise und Ankündigungen:

- Kerwa Tennenlohe:
 - Bieranstich: Freitag 17. August, 19:00 Uhr, Festzelt Sebastianstraße
 - Baumaufstellen: Samstag, 17:00 Uhr, Festplatz
 - Kunstförderpreis-Verleihung: Sonntag, 17:00 Uhr, Wiese an der Wied
 - Betzn austanzen: Montag, 17:00 Uhr, Festplatz
- Distriktversammlungen:
 - Im September: 11. September
 - Im Oktober: 9. Oktober

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

■ **Distrikt Tennenlohe**

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch herzlich einladen zu
unserem Juli-Treffen. Es findet statt am

Mittwoch, 18. Juli, 20 Uhr im Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende **Tagesordnung** ist geplant:

1. Schwerpunktthema „Stadtplanung im Stadtwesten – Chancen und Risiken“.

Experten unserer Stadtratsfraktion sowie ein städtischer Experte (wer kommt, ist noch nicht ganz klar) werden in das Thema einführen und mit uns diskutieren.

2. Berichte aus Stadtratsfraktion, Kreisvorstand und Ortsbeirat
3. Aktuelles und Verschiedenes

Wir freuen uns auf Euer Kommen!

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

■ **Distrikt West**

Vorsitzender:

Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen
am **Montag, 9. Juli, 20:15 Uhr** findet unsere nächste gemeinsame Sitzung mit Flunterl und anderen Bündnispartnern für den Aktionstag statt. Den Treffpunkt werde ich noch rechtzeitig über den Verteiler bekannt geben.

Am **Montag, den 23. Juli, 20:15 Uhr** im **August-Bebel-Haus** findet unsere

letzte Juso-Sitzung im Sommer statt. Schwerpunktthema wird die Umweltpolitik und das Arbeitsprogramm für das nächste Amtsjahr sein.

Rote Grüße
Munib

■ **Jusos**

Vorsitzender:

Munib Agha
munib_gha@hotmail.com



Bayern

SPD

**JA ZU MEHR
KINDERBETREUUNG.**

NEIN zum Betreuungsgeld!



Unterschreiben Sie jetzt die Massenpetition der
BayernSPD: petition.bayernspd.de

**FÜR BAYERN'S
ZUKUNFT**

www.bayernspd.de